

Der Bund finanziert eine Erdogan-Moschee

Finanzhilfe für religiöse Einrichtungen Neu unterstützt der Bund Sicherheitsmassnahmen für bedrohte Minderheiten. Das Geld fliesst vor allem an Synagogen – aber auch an eine Moschee, die von der Türkei kontrolliert wird. Das stösst auf Kritik.

Markus Häfliger

Es ist eine Premiere in der Schweiz, eine neue Staatsaufgabe. Zum ersten Mal zahlt der Bund Subventionen an religiöse Einrichtungen, damit sich diese gegen Terror- und Hassangriffe schützen können. Insgesamt 500'000 Franken gibt der Bund dafür im laufenden Jahr an elf Institutionen von bedrohten Minderheiten. Dies hat das Bundesamt für Polizei (Fedpol) Mitte Juli bekannt gegeben. Unbekannt war bisher aber, an welche Einrichtungen das Geld fliesst. Nun hat diese Zeitung gestützt auf das Öffentlichkeitsgesetz vom Fedpol die entsprechende Liste verlangt und erhalten.

Aus der Liste geht hervor, dass das Gros der unterstützten Institutionen – nämlich zehn von elf – zur jüdischen Glaubensgemeinschaft zählt. Konkret handelt es sich um sieben Synagogen und drei jüdische Schulen in den Kantonen Zürich, Genf, Waadt, Bern und Aargau. Die elfte unterstützte Einrichtung ist die türkisch-islamische Eyüp-Sultan-Moschee in Ecublens, einem Vorort von Lausanne.

Die elf Institutionen haben Anfang Jahr beim Fedpol Gesuche um Finanzhilfe eingereicht. Der kleinste der bewilligten Beträge beläuft sich auf 3750 Franken für die Synagoge in Biel. Am meisten Geld erhält die Synagoge der jüdischen Gemeinde Agudas Achim in Zürich, nämlich 125'000 Franken. An das islamische Kulturzentrum der Türken von Lausanne und Umgebung, wie die Moschee in Ecublens sich auch nennt, gehen 40'000 Franken.

Sicherheit als Staatsaufgabe

Rechtsgrundlage dieser Zahlungen ist die neue «Verordnung über Massnahmen zur Unterstützung der Sicherheit von Minderheiten mit besonderen Schutzbedürfnissen», die der Bundesrat per November 2019 erlassen hat. Laut der Verordnung kann der Bund Sicherheitsvorkehrungen von Minderheiten mitfinanzieren, welche «einer Bedrohung durch Angriffe im Zusammenhang mit Terrorismus oder gewalttätigem Extremismus ausgesetzt» sind. Die Höhe der Beträge hängt ab von konkreten Projekten, welche die Institutionen einreichen.

Hauptauslöser für die neuen Subventionen ist die Bedrohung,



Geld von Bern und Ankara: Die Eyüp-Sultan-Moschee in Ecublens bei Lausanne. Foto: Yvain Genevay

der Juden konstant ausgesetzt sind. Dass sie auch in der Schweiz jederzeit mit einem antisemitisch motivierten Angriff rechnen müssen, ist weithin anerkannt. Seit Jahren investieren die jüdischen Gemeinden stark in ihre Sicherheit, mussten das bisher aber selber finanzieren. Politiker wie Daniel Jositsch kritisieren das seit langem, weil Sicherheit eine Staatsaufgabe sei. Ständerat Jositsch und seine Nationalratskollegin Yvonne Feri

(beide SP) machten deshalb mit Vorstössen erfolgreich Druck für ein Bundes-Engagement.

Dass gestützt auf die Verordnung nun auch die Eyüp-Sultan-Moschee unterstützt wird, provoziert nun aber Kritik. Denn das Zentrum zählt zu jenen Moscheen, die unter dem Dach der türkischen Religionsbehörde Diyanet operieren. Die Eyüp-Sultan-Moschee ist offiziell dem Schweizer Arm von Diyanet angeschlossen, der Türkisch-Islamischen

Stiftung für die Schweiz. Diyanet ist direkt dem türkischen Präsidenten Recep Tayyip Erdogan unterstellt. Die türkische Regierung zahlt auch bei Schweizer Diyanet-Moscheen den Lohn des Imam. Das heisst: Der Bund subventioniert eine Moschee, die gleichzeitig von der türkischen Regierung unterstützt wird.

«Dass der Bund eine solche Moschee unterstützt, verwundert sehr», sagt Saïda Keller-Messahli, Präsidentin des Forums für

Bund zahlt für die Sicherheit

Unterstützung für die Sicherheit von • jüdischen und • muslimischen Gemeinschaften, 2020, in Franken

AG Synagoge, Israelitische Kultusgemeinde Baden	36'100 •
BE Synagoge, Jüdische Gemeinde Bern	27'255 •
Synagoge, Jüdische Gemeinde Biel	3'750 •
GE Schule, Communauté Israélite de Genève, Veyrier	70'000 •
VD Synagoge und Gemeindehaus, Communauté Israélite de Lausanne et du Canton de Vaud	49'100 •
Moschee, Eyüp Sultan Mescidi Lausanne, Ecublens	40'000 •
ZH Synagoge, Jüdische Gemeinde Agudas Achim Zürich	125'000 •
Schule, Jüdischer Schulverein Zürich	60'000 •
Primar-/Sekundarschule Tiferes Doniel Zürich	58'469 •
Synagoge, Israelitische Gemeinde Winterthur	13'500 •
Synagoge, Israelitische Religionsgesellschaft Zürich	12'697 •

Grafik: ake, mre/Quelle: Fedpol

einen fortschrittlichen Islam und Autorin des Buches «Islamistische Drehscheibe Schweiz». Keller-Messahli ist der Ansicht, dass eine Diyanet-Moschee mindestens ein Kriterium der Bundesratsverordnung nicht erfülle – nämlich jenes, dass die unterstützte Gruppe «eine gefestigte Bindung zur Schweiz und ihren Werten» haben muss. Die Diyanet-Moscheen seien «von Ankara gesteuert, finanziert und kontrolliert», sagt Keller-Messahli. «Sie vertreten einen politischen Islam und bestehen fast ausschliesslich aus Männern.»

Das Zentrum Eyüp Sultan erfülle die objektiven Kriterien für die finanzielle Unterstützung, sagt demgegenüber das Fedpol. Finanziert würden bauliche und technische Schutzmassnahmen, die das Zentrum besser schützen sollen. Das Fedpol betont, dass neben jüdischen auch muslimische Personen und Einrichtungen einer erhöhten Bedrohung ausgesetzt seien.

Geheimdienst redet mit

Laut Fedpol werden alle Finanzgesuche von einer Begleitgruppe geprüft. Darin sind unter anderem der Nachrichtendienst des Bundes und die Konferenz der kantonalen Polizeikommandanten vertreten. Diese Begleitgruppe gehe im Fall der Lausanner Moschee von einem besonderen Schutzbedürfnis aus, hält das Fedpol fest. «Auch die Finanzierung dieses Zentrums ist bekannt.» Allfällige aussenpolitische Vorbehalte seien abgeklärt wor-

den. «Auch in dieser Hinsicht sprach nichts dagegen, das eingereichte Projekt zu unterstützen.»

Der Bund, sagt ein Kenner des Dossiers, müsse auch auf die Gleichbehandlung der Religionsgemeinschaften achten. Unterstützt würden nicht Missionsaktivitäten, sondern lediglich Sicherheitsvorkehrungen, welche die Gläubigen schützen.

Dass von den mehreren Hundert Schweizer Moscheen und Gebetsräumen gerade diese – und nur diese – unterstützt wird, dürfte mit dem Waadtländer Muslim-Verband Uvam zu tun haben. Die Uvam wies ihre Mitgliederorganisationen aktiv auf die neue Bundesratsverordnung hin. Zudem bat sie die Kantonspolizei letztes Jahr, die islamischen Zentren im Kanton auf Sicherheitsmängel zu überprüfen. Gestützt auf den Polizeibericht habe die Eyüp-Sultan-Moschee dann rasch ein Projekt erarbeitet und das Gesuch gestellt, sagt David Gün, Uvam-Vizepräsident bis Ende Juli. Gün geht davon aus, dass demnächst auch weitere Waadtländer Moscheen mit Sicherheitsmängeln beim Bund Finanzhilfe beantragen werden.

Künftig will der Bund jährlich solche Hilfgelder auszahlen. Zumindest vorerst hat der Bundesrat das Budget dafür auf eine halbe Million Franken pro Jahr begrenzt. Unterstützt werden nur bauliche Vorkehrungen – etwa besonders gesicherte Türen oder Überwachungsanlagen. Nicht mitfinanziert wird etwa der Lohn von Wachpersonal.

Kranke sollen besser Wegwerf- statt Stoffmasken tragen

Angepasste Empfehlung Der Bevölkerung allgemein rät das Bundesamt für Gesundheit, Stoff- oder Hygienemasken zu tragen.

Das Bundesamt für Gesundheit (BAG) hat seine Empfehlungen zum Tragen von Masken präzisiert. Menschen mit Symptomen einer akuten Atemwegserkrankung wird neu explizit das Tragen von Wegwerfmasken empfohlen. Das BAG bestätigte auf Anfrage, dass die auf der Internetseite abgegebene Empfehlung jüngst angepasst worden sei. Personen mit einer Atemwegserkrankung sollen Hygienemasken tragen, weil diese danach kontaminiert sein könnten. Der Bevölkerung allgemein rät das BAG, entweder industriell

gefertigte Stoffmasken oder Hygienemasken zu tragen. Eine Präferenz gibt das BAG nicht mehr ab. Bislang hatte das BAG der Allgemeinheit explizit Wegwerfmasken empfohlen.

Greenpeace für Stoffmasken

Zuvor hatte unter anderem die Umweltorganisation Greenpeace beim Bund darauf gedrängt, der Allgemeinheit Stoffmasken zu empfehlen. Greenpeace argumentierte, laut zahlreichen Gesundheitsexperten würden wiederverwendbare Stoffmasken der breiten Bevölkerung genü-

gend Schutz vor der Corona-Pandemie bieten. Zudem könne so ein weiterer Mangel an Masken vermieden und die Umweltverschmutzung verringert werden.

Greenpeace verwies auf eine Studie in der Fachzeitschrift «Environmental and Science Technology», wonach während der Pandemie jeden Monat rund 129 Milliarden Masken und 65 Milliarden Handschuhe verwendet werden. Ausserhalb von Spitälern seien zertifizierte Einwegmasken nicht zwingend notwendig, da die Exposition viel geringer sei.

Gemäss dem BAG schützen industriell gefertigte Textilmasken bei korrekter Anwendung vor allem andere Personen vor einer Ansteckung. Die Covid-19-Taskforce des Bundes arbeitete einen Standard aus, dem solche Textilmasken entsprechen müssen.

Vom Tragen von Atemschutzmasken, wie es sie für medizinisches Personal gibt, rät der Bund beim privaten Gebrauch ab. Weitere Masken wie selbst genähte Produkte gewährleisten nach Ansicht des Bundesamts für Gesundheit keinen zuverlässigen Schutz. (sda)

Norwegen setzt Schweiz auf Quarantäneliste

Norwegen rät von nicht dringenden Reisen in die Schweiz ab. Das norwegische Aussenministerium hat gestern aufgrund der Corona-Pandemie für mehrere Länder eine Reisewarnung ausgesprochen – neben der Schweiz auch für Tschechien, Frankreich und Monaco. Reisende aus diesen Ländern und einigen schwedischen Regionen müssen sich für zehn Tage in Quarantäne begeben. Die neuen Regeln treten am Samstag in Kraft, wie die zu-

ständige Behörde mitteilte. Ähnliche Einschränkungen haben zuvor bereits Finnland und die drei baltischen Staaten erlassen. Irland hat sie für die Schweiz seit Beginn der Pandemie nie gelockert. Der Grund dafür ist, dass die Infektionsraten in der Schweiz über die jeweiligen Schwellenwerte der Länder gestiegen sind.

Gestern wurden dem Bundesamt für Gesundheit 181 Ansteckungen gemeldet, das sind gleich viele wie am Vortag. (sda/ffe)